

Immer mehr Sparer müssen bluten

Knapp 190 Banken in Deutschland verlangen inzwischen Strafzinsen

von Gernot Heller

18.1.20
PNP

Berlin. Die Welle von Strafzinsen deutscher Banken schwillt an und droht immer mehr Sparkonten auszuspülen. Knapp 190 Geldhäuser berechnen inzwischen nach einer Umfrage des Verbraucherportals „biallo.de“ einem Teil ihrer Kundschaft solche Abgaben. Vor sechs Monaten, als das Portal im Auftrag der „Süddeutschen Zeitung“ schon mal deshemas annahm, waren es nur 30. Jetzt sind es immer noch mehr. Betroffen sind nicht nur gewöhnliche Geschäftskunden, die den negativen Einlagenzins zu spüren bekommen. Doch mittlerweile trifft er auch zunehmend Privatbanken, vor allem solche mit Einlagen in mindestens sechsstelliger Höhe. Betroffen von „Verwahrzinsen“ sind momentan durchweg Guthaben auf Tagesgeld- und Girokonten. Auf die werden dann von den Instituten Zinsen in der Größenordnung von zumeist 0,4 bis 0,5 Prozent pro Jahr verlangt. Grund für die von einer wachsenden Zahl an Banken verlangten Zinsen auf Kunden-Einlagen ist die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Mit der versucht die Notenbank, bei bislang begrenztem Erfolg, das behagliche Wachstum in der Eurozone auf Touren zu bringen. Ein Instrument dabei sind Negativzinsen, die die Hüter des Euro selbst von den hiesigen Finanzinstituten für ihr geparkte Gelder kassieren. Die Zentralbank versucht damit, die Kreditvergabe zu bewegen.



Hohe Einlagen auf Sparkonten werden zunehmend von Banken mit Negativzinsen belegt. – Foto: dpa

Eine Abkehr von dieser Geldpolitik, wie sie von deutscher Seite immer wieder gefordert wird, ist allerdings nicht in Sicht. So rechnet der Hauptgeschäftsführer des Privatbanken-Verbandes BdB Christian Ossig, wie er erst dieser Tage sagte, auf absehbare Zeit nicht mit einer Änderung.

Auch in der deutschen Politik wächst seit längerem die Sorge vor den Folgen der EZB-Politik. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hatte prüfen lassen, ob Strafzinsen der Banken flächendeckend rechtens sind. Daran gibt es zumindest Zweifel. Jedenfalls ergab die Prüfung, wie das Ministerium unserer Berliner Redaktion auf Anfrage mitteilte, „dass es schon auf Basis der geltenden Rechtslage mit hohen rechtlichen Risiken behaftet ist, innerhalb bestehender Verträge die Aufwendungen für ‚Negativzinsen‘ einseitig an ihre Kunden weiterzugeben“. In Zweifelsfällen könne auch gehandelt werden.

Jedenfalls verfüge die Bundes-

anstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) „im Rahmen ihres Mandats zur Sicherung des kollektiven Verbraucherschutzes über ausreichende aufsichtsrechtliche Instrumente, mit denen etwaige systematische Verstöße gegen diese Rechtslage unterbunden werden können“. Das Ministerium beobachtet die Entwicklung.

Der Vize-Chef der FDP-Bundestagsfraktion, Florian Toncar, beklagt eine „Enteignung der Sparer über Negativzinsen“, die immer dramatischer werde. Er fordert die EZB zu einer Kursänderung auf. Doch die Bundesregierung müsse ebenfalls handeln. „Wir brauchen dringend eine Regelung, durch die Negativzinsen auch steuerlich als Verluste anerkannt werden“, schlägt er vor. Zudem sollten steuerliche Anreize gegeben werden, damit die Deutschen sich stärker in Aktien engagieren.

Die als relativ ertragsschwach geltende deutsche Kreditwirtschaft klagt schon lange über hohe Lasten durch die EZB-Geldpolitik. Nach Angaben der Branche werden Europas Finanzhäuser durch den EZB-Minuszins auf bei ihr geparkte Bankengelder mit jährlich fünf Milliarden Euro belastet. Für die deutschen Geldhäuser ist von zwei bis 2,5 Milliarden Euro die Rede. Ob ein Institut diese Zusatzkosten sich bei seinen Kunden zurückerholt, entscheidet es ganz allein. Insgesamt verfügen die deutschen Haushalte über ein Geldvermögen von über sechs Billionen Euro, von dem sich ein großer Teil auf Bankkonten wiederfindet.

„Es ist eine fatale Entwicklung“ 18.1.20 PNP

CSU-Finanzexperte Hans Michelbach übt Kritik an den Negativzinsen

Berlin. Die Zunahme an Negativzinsen auf Spareinlagen sorgt dafür, dass das Vertrauen der Menschen in die Soziale Marktwirtschaft leide. Das erklärt im Interview mit unserer Zeitung Hans Michelbach, CSU-Finanzpolitiker und Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss.



Hans Michelbach ist Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Finanzausschuss. – Foto: in

Die Europäische Zentralbank berechnet den Banken für Gelder, die diese bei ihr parken, schon länger Zinsen. Immer mehr Banken holen sich diese Kosten nun bei ihren Kunden in Form einer Abgabe auf deren Einlagen zurück. Wie bewerten Sie das?

Hans Michelbach: Wenn sich an der Zinsfront, in der Politik der EZB, nichts ändert, wird diese Nelle größer werden. Es ist eine fatale Entwicklung, wenn die Banken nur noch durch negative Zinsen auf Kundengelder ökonomisch im Gleichgewicht gehalten werden können.

Welche Folgen hat das nach Ihrer Einschätzung bei den Sparern?

Michelbach: Das ist eine ganz gefährliche Entwicklung. Denn dadurch leidet das Vertrauen der Menschen in die Soziale Marktwirtschaft. Die Leute sagen, es kann doch nicht sein, dass ich auf mein sauer verdientes Geld bei der Bank auch noch selbst Zinsen zahlen muss. Das Gefühl schleicht sich ganz unabhängig von der unmittelbaren eigenen Betroffenheit ein.

Rechnen Sie damit, dass die Zahl von Banken mit Strafzinsen für Einlagen weiter zunimmt?

Michelbach: Der Anfang ist inzwischen gemacht. Die Spirale wird sich nun weiter drehen. Noch mehr Banken werden auf diesen Zug aufspringen, weil sie damit ihre Ertragslage verbessern können. Zudem erwarte ich, dass zusätzlich die bislang bestehenden Einlagenschwellen, ab denen die Institute häufig Strafzinsen verlangen, nach unten gehen werden. Wenn das derzeit oft ein Betrag von 100 000 Euro ist, dann wird das wohl in absehbarer Zeit weiter in Richtung 50 000 Euro zurückgenommen werden. Das ist fatal und mit schweren gesellschaftspolitischen Gefahren verbunden.

Können Sie die Banken verstehen, die Strafzinsen verlangen?

Michelbach: Die Banken stehen natürlich wegen der EZB-Nullzinspolitik bei den Erträgen unter Druck. Aber man muss sie eben auch warnen: Bedenke das Ende! Denn so etwas hat gesellschaftspolitische Folgen. Die Institute dürfen deshalb nicht nur klagen, sondern müssen auch über neue profitable Geschäftsfelder nachdenken.

Gibt es Ausweichmöglichkeiten für Anleger, die keine Strafzinsen zahlen wollen? Kann der Staat helfen?

Michelbach: Natürlich kann man sich alternativ an der Finanzierung der Wirtschaft beteiligen, zum Beispiel über den Kauf von Aktien. Aber das versucht ja gerade Bundesfinanzminister Olaf Scholz mit der geplanten neuen Aktiensteuer, der sogenannten Finanztransaktionssteuer, zu erschweren. Für mich ist das total undurchdacht. Denn hier will Scholz bei denen abkassieren, die privat vorsorgen, was wir ja politisch fordern. Ich halte im Übrigen die Idee einer staatlichen Innovationsanleihe über die KfW mit einem zweiprozentigen Garantiezins für die Anleger für eine gute Sache, um den Sparern eine sichere Anlage-Alternative zu bieten. Zudem ließe sich damit etwas Positives für den Wirtschaftsstandort Deutschland tun. Gar nichts zu tun vonseiten des Staates, halte ich für nicht richtig.

Interview: Gernot Heller